



## Vorsicht beim bewaffneten Drohneneinsatz

Für die Debatte um den Einsatz von bewaffneten Drohnen sollten wir uns mehr Zeit nehmen. Ich wünsche mir eine intensive Diskussion, denn die Frage des bewaffneten Einsatzes von Drohnen ist nicht gänzlich ethisch neutral oder nicht einfach nur banal! Dies zeigt der Einsatz von bewaffneten Drohnen bisher auch in anderen Ländern.

Länder wie die USA oder andere setzen Drohnen in einer Art und Weise ein, wie sie für die Bundeswehr nicht in Frage kam und kommt. Drohnen werden dort wohl auch zum gezielten Töten von Menschen, die als gefährlich erachtet werden, eingesetzt. Das stellt eine Vorverurteilung ohne Gerichtsverfahren und Beweismittel mit der Todesstrafe als Folge dar. Wie oft sich die USA geirrt haben, bei dem, wen sie als Terroristen bezeichnet haben, davon zeugen viele unschuldige Zufallsgefangene in Guantanamo.

Die bewaffnete Drohne stellt eine Technologie dar, die in der konventionellen Kriegsführung am wenigsten defensiv ist, wenngleich immer zu konstatieren ist: entscheidend ist die dahinterstehende Strategie. Eine Bombe aus einer Drohne trifft gleichwohl wenig defensiv quasi unvermittelt, gezielt und unerwartet, ohne einen unmittelbaren Sicht- oder anderweitigen Kontakt. Beim Einsatz einer Rakete oder einer Bombe durch eine Drohne wird gezielt die Arg- und damit auch die Wehrlosigkeit des Ziels ausgenutzt – aus hunderten Kilometern Entfernung ausgelöst. Ein abgrenzbares Schlachtfeld gibt es nicht, schon lange nicht mehr. Gleichwohl ist natürlich der bewaffnete Drohnenangriff auch ein Symbol für den unbegrenzten Krieg, der jederzeit und überall überraschend einschlagen könnte.

Welche Wirkung hat dieser Einsatz psychologisch auf diejenigen, die von einem solchen unvermittelten Angriff nicht nur direkt, sondern auch über die Auswirkungen betroffen sind? Kann ein solcher Einsatz ohne konkrete, erkennbaren Angriffshandlungen nicht zu einer Potenzierung eines



Hartfrid Wolff MdB am 3.2.2013 in Fellbach beim FDP Neujahrsempfang.

Foto: Kiessling

Dauerbedrohungsgefühls führen? – und damit zu einer Radikalisierung der „abwehrenden“ Bevölkerung? – mit Auswirkungen gerade auch für die vor Ort tätigen, ggf. deutschen Zivilisten und Bundeswehrangehörigen? Eine vergleichende Argumentation, auch Terroristen setzen die Angst der Bevölkerung vor weiteren überraschende Anschläge als gezielte psychologische Waffe ein, ist unzulässig.

Ein „Chirurgischer Eingriff“, wie der Einsatz einer Bombe durch eine Drohne häufig genannt wird, hat eine ähnliche Wirkung wie bei einem Bombenabwurf von einem Kampfflugzeug. Das erscheint plausibel. Aber die Zielfokussierung erfolgt von einer weiten Entfernung – durchaus zum Schutz des Soldaten. Der Schutz der eigenen Soldaten ist auch in der Kriegsführung nicht erst seit dem Einsatz von Kanonen, also einer Entfernungswaffe, ein legitimer Grund für eine technologische Weiterentwicklung auch von Waffensystemen. Gleichwohl setzt der Einsatz von „Entfernungswaffen“ immer eine besondere Ausbildung und eine besondere

Zuverlässigkeit, Kontrollmechanismen (wie das Mehr-Augen-Prinzip) und rechtliche Grundlagen voraus. Die Ausbildung eines Bundeswehrpiloten ist sehr intensiv und zu recht langwierig. Wie sieht dies bei einem **Joy-Stick-Schützen** aus?

Das sehr gezielte Töten durch einen Drohnenangriff setzt zudem voraus, dass das Zielobjekt erkennbar sein muss. Wenn ich dieses nicht kenne, ist ein Einsatz nicht geraten, verbietet sich gar. Nur wer sucht nach welchem Verfahren diese Zielobjekte aus? Wer entscheidet auf der Basis welcher Informationsquellen? Wird die Entscheidung allein aus einer ebensolchen Entfernung heraus getroffen wie der Joy-Stick-Schütze über die Drohnenbombe agiert?

Zurecht legen wir immer sehr großen Wert darauf, eigene Informationen zum Einsatz von militärischen Mitteln zu haben. Gesicherte, eigenständige Informationen sind die Grundlage für eine ausreichende Lagebeurteilung und dann die Abwägung zu den Reaktionsmöglichkeiten. Gleichzeitig ist es, auch aufgrund des **grundgesetzlich**

**geschützten Verbots einer Beteiligung eines Angriffskrieges,** unseren Nachrichtendiensten verboten, Hilfe zu leisten, das gezielte Töten von Menschen vorzubereiten. Dies ist für einen Rechtsstaat, der den Anspruch auch weltweit vertritt, Grundbedingung. Deutschland hat zurecht eine defensive, bewusst nicht aggressive Außen- und Verteidigungspolitik. Diese darf keinesfalls in Frage gestellt werden.

Die personellen, die einsatztaktischen, die außenpolitischen und die rechtlichen Voraussetzungen für den Drohneinsatz bedürfen einer auch an dem konkreten Einsatzbereich abgestimmten Grundlage: Der Deutsche Bundestag muss bisher schon über den Beginn oder die Verlängerung eines Einsatzes der „**Parlamentsarmee**“ Bundeswehr jedes mal neu entscheiden.

## FDP personell stark unterwegs

Mit dem erfahrenen Wahlkämpfer und Politiker **Rainer Brüderle** und mit dem amtierenden Parteivorsitzenden **Philipp Rösler** ist die FDP gut für das Wahlkampfjahr gerüstet.

Beide Politiker stehen für die FDP als ganzes. Beide können das gesamte Spektrum der FDP-Wähler ansprechen und damit z.T. unterschiedliche Akzente setzen. Neben SPD und Grünen setzen nunmehr auch die Liberalen auf eine **Doppelspitze** für den Bundestagswahlkampf und betonen damit gleichzeitig, dass es ihnen um die Darstellung der Liberalen als Mannschaft geht. Nach längeren Diskussionen intern ist das das entscheidende Zeichen nunmehr nach außen, programmatisch die liberalen Inhalte hervorzuheben und sich als liberale Mannschaft zu präsentieren. Nachdem diese Entscheidung im Bundesvorstand gefallen ist, verwundert es nicht, wenn kurz danach die politische Konkurrenz versucht, den einen oder anderen persönlich mies zu machen oder zu attackieren. Dies ist zwar bedauerlich, aber nicht überraschend, ist dieses doch ein, wenn auch schlechtes, Zeichen der fortschreitenden Personalisierung der Politik. Dem wird die FDP die inhaltliche Fokussierung entgegen setzen. Die FDP ist notwendig, um auch manchmal unbequeme Entscheidungen für eine nachhaltige Politik zu vertreten.

Um nur ein Beispiel zu nennen: So haben wir schon im Wahlkampf 2009 sehr deutlich die Haushalts- und Finanzpolitik thematisiert und mit dieser offensiven Herangehensweise auch der Aufgabenkritik sowohl den Grundstein für einen erhöhten Druck hin zu mehr Geldwertstabilität und zu mehr Reformen in der EU als auch hin zu einem ausgeglichenen Haushalt in der Bundesrepublik 2014 gelegt. Nicht die ausufernde Bürokratie, nicht der ausufernde Staat ist ein liberaler Staat, son-

Das halte ich für wichtig und richtig. Der Einsatz unserer Soldaten im Ausland braucht einen breiten Rückhalt im Parlament. Der Deutsche Bundestag sollte aber auch mit der Mandatierung für jeden konkreten Einsatz neu entscheiden müssen, ob bewaffnete Drohnen und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen diese eingesetzt werden können. Hierfür sollte zwingend im Beschluss des Bundestages ein eigenständiger Passus enthalten sein. Das rechtfertigt die Sensibilität der Einsatzvoraussetzungen; die möglichen Auswirkungen dieses Einsatzes von bewaffneten Drohnen sollten vorab bedacht und abgewogen werden. Und sie unterscheiden sich meines Erachtens schon sehr deutlich von anderen, bisherigen Waffensystemen. Es kann nicht sein, wie jetzt in den USA passiert, dass der US-Congress erst im Nachhinein einbezogen wird.

dern der auf seine Kompetenzen fokussierte Staat schafft Freiräume für mehr Innovationen, mehr Unternehmertum und sichere Arbeitsplätze sowie gesellschaftliche Freiheit. Das deutliche Stop-Schild für ein weiteres Anwachsen der Staatsschulden im Bund ist nachhaltige Politik zugunsten der zukünftigen Generationen. Eine Ausweitung der Staatsschulden, das weitere Ausgeben von Geldern in der EU als auch in Deutschland schadet über die Inflation jedem Sparer, jedem Arbeitnehmer, jedem Renten- und Unternehmer. Die Verhinderung der Haftungs- und Schuldenunion in der EU war zum Schutz der Geldwertstabilität notwendig. Rainer Brüderle hatte, mit Unterstützung von Sachverständigen, erst kürzlich die Aufnahme der Geldwertstabilität als wesentlichen Grundsatz der Finanz- und Haushaltspolitik ins Grundgesetz gefordert; einem Vorgehen, dem jetzt die EU-Regierungschefs mit dem Vorschlag für einen gekürzten EU-Haushalt gefolgt sind. Philipp Rösler war der erste Politiker Westeuropas, der den Druck auf die Reformen in den hochverschuldeten EU-Ländern erhöhte und von einer „geordneten Insolvenz“ sprach.

Die Reformschritte in der EU machen Fortschritte, ohne dass es einen Automatismus der Zahlungen Deutschlands geben kann – auch dies ein Erfolg liberaler Politik. Die FDP will die Weiterentwicklung der EU als Binnenmarkt, mit einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik, weniger Bürokratie und Kosten, mit mehr Rechten auch für die Bürgerinnen und Bürger – hin zu einer **demokratischen Europäischen Union**.

Die EU ist zu wichtig, um sie durch eine Zerfaserung ihrer Zuständigkeiten zu schwächen. **Rainer Brüderle und Philipp Rösler und die ganze FDP stehen für ein starkes Europa.**

## Termine

**9.-10.03.2013 Bundesparteitag**  
in Berlin

**11.-15.03.2013 Sitzungswoche**  
Deutscher Bundestag, Berlin

**18.-22.03.2013 Sitzungswoche**  
Deutscher Bundestag, Berlin

## Melderecht-Kompromiß im Bundesrat

Hartfrid Wolff hat das von Bund und Ländern überarbeitete Meldegesetz begrüßt.

„Die FDP hat die **Einwilligungslösung** immer als bestmögliche Lösung angestrebt. Der Bundesratskompromiß geht jetzt noch weiter in diese bürgerfreundliche Richtung, als der zuvor erzielbare Koalitionskompromiß. Seltener ist, daß sich jetzt die SPD in Pose wirft, die selbst im Rahmen der bisherigen Länderverantwortlichkeit in ihren Landesregierungen sich nicht zu solchen Einwilligungslösungen hat durchbringen können.“



Im aktuellen Mitschnitt-Video auf youtube der FDP-Bundestagsfraktion geht es diesmal um die Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege. Die Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege wurde durch eine Gesetzesinitiative der Schwarz-Gelben Regierungskoalition entscheidend gestärkt. Das Video kann unter folgendem Link aufgerufen werden: <http://youtu.be/zVZvIK2Y7wI>

## Impressum

Herausgegeben von:  
Hartfrid Wolff MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Internet: [www.hartfrid-wolff.de](http://www.hartfrid-wolff.de)

Tel: 030-227-75217  
Fax: 030-227-76217  
[hartfrid.wolff@bundestag.de](mailto:hartfrid.wolff@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro:**  
Schwabstraße 31  
71332 Waiblingen  
Telefon: 07151/98 55 650  
Telefax: 07151/98 58 649  
E-Mail: [Hartfrid.Wolff@wk.bundestag.de](mailto:Hartfrid.Wolff@wk.bundestag.de)

## Neujahrsempfang der FDP Rems-Murr in Fellbach



Beim Neujahrsempfang der FDP Rems-Murr und der FDP/Freie Wähler Kreistagsfraktion am 3.2.2013 in Fellbach. (v.l.n.r.) Prof. Dr. Ulrich Göll MdL, Wolfgang Kubicki MdL, Ulrich Lenk, Fraktionsvorsitzender der FDP-FW Kreistagsfraktion, Jochen Haußmann MdL und Hartfrid Wolff MdB  
Foto: Kießling

+++ Aktuelle **Facebook** und **Twitter** Meldungen +++++ von Hartfrid Wolff+++++

### Rechtsradikale Geisteshaltung bekämpfen

(26.02.2013) Ich bin nach wie vor sehr skeptisch beim NPD-Verbotsverfahren des Bundesrates. Das was jetzt die SPD in Karlsruhe plant, ist reine **Placebo- & Symbolpolitik**. Es ist zu konstatieren: Die Länder haben noch kein schlüssiges Konzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgelegt. Es hilft nichts, mit der NPD nur eine Hülle zu beseitigen. Es gilt, die dahinter stehende **Geisteshaltung demokratisch zu bekämpfen**. Die NPD ist eine abgebrannte Partei, heruntergewirtschaftet und erfolglos (vgl 0,8% bei der letzten Wahl). Warum sie durch dieses hochriskante Verfahren auch noch aufwerten?

### Leistungsschutzrecht passiert Ausschuss

(27.02.2013) Leistungsschutzrecht im Rechtsausschuss durch: Zwangs-GEMA weg, Eigentumschutz, Einzelwörter/snippets frei - guter Ausgleich zw. Info-Freiheit und Eigentum.

### Liberaler Erfolge

#### DIE FDP MACHT DEN UNTERSCHIED!

#### Liberaler Erfolge in der christlich-liberalen Koalition



Die FDP hat in der CDU/FDP-Koalition erfolgreich die Streichung der **Praxisgebühr** zum 1. Januar 2013 durchgesetzt. Die 10 Euro Praxisgebühr gehören nun der Vergangenheit an!

Die FDP hat dafür gesorgt, dass es einen besseren Schutz vor Infektionen und Epidemien gibt (neue **Hygieneverordnungen für Krankenhäuser** durch die Länder; schnellere Meldepflichten).

Die FDP hat in der CDU/FDP-Koalition das **Versorgungsstrukturgesetz** mit durchgesetzt:  
Stärkung der flächendeckenden guten medizinischen Versorgung (Mehr Anreize für Landärzte und neue Zulassungsregelungen für Medizinische Versorgungszentren)

Einen weiteren Erfolg konnte die FDP beim **Arzneimittelneuordnungsgesetz** erreichen. Eine Kostendämpfung bei Arzneimitteln und das Aufbrechen des Preismonopols der Pharmaindustrie wurde beschlossen.

## Aus dem Bundestag

### EU-Gipfel

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich auf einen Finanzrahmen bis 2020 geeinigt. FDP-Fraktionschef **Rainer Brüderle** hob in der Aussprache zur Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zum EU-Gipfel hervor, dass sich die Mitgliedsstaaten erstmals auf eine Senkung der Ausgaben verständigt hätten. Wenn alle in Europa sparen müssten, außer Europa selbst, wäre dies den Bürgern nicht zu vermitteln gewesen. Brüderle wies die Kritik der Opposition an dem Kompromiss zurück. Die Kanzlerin habe bei den Verhandlungen hohe Staatskunst bewiesen. Steinbrück hingegen betreibe „Wünsch-dir-was-Politik“ ohne wirklichen Einsatz. Die Pläne der SPD für die Einführung einer Vermögenssteuer würden 160.000 Unternehmen in Deutschland treffen, so Brüderle. Auch die geplante Erhöhung der Rentenbeiträge koste Arbeitsplätze. Brüderle wies zudem auf die Risiken einer wachstums- und wettbewerbsfeindlichen Politik hin, wie sie in Frankreich praktiziert werde. Diese seien unter anderem steigende Arbeitslosigkeit, eine wachsende Steuerbelastung und die Herabstufung der französischen Kreditwürdigkeit. Die Schuldenkrise in Europa sei aus dem Bruch des Stabilitätspaktes durch die Schröder-Regierung und Aufweichung der Maastricht-Kriterien entstanden, so Brüderle. Deutschland sei solidarisch mit seinen europäischen Partnern, werde den Fiskalpakt allerdings hart auslegen. Mit Blick auf die Finanztransaktionssteuer forderte Brüderle die Opposition auf, sich an die Vereinbarungen zu halten. Es sei vereinbart worden, dass durch eine solche Abgabe weder Kleinsparer und Altersvorsorge belastet noch Finanzunternehmen aus Deutschland vertrieben werden dürften. Die derzeitige „Politik des billigen Geldes“ müsse zudem streng überwacht werden, sonst bilde sie den Nährboden für neue ökonomische Blasen. Ein schwacher Außenwert der Währung erhöhe darüber hinaus das Risiko einer importierten Inflation, so der Liberale. Deswegen fordere die FDP auch die Aufnahme der Geldwertstabilität ins Grundgesetz.

### Rot-Grün in den Ländern

Die Koalitionsvereinbarungen und die bisherige Politik von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und nun auch Niedersachsen waren der Anlass für eine aktuelle Stunde am 21.02.2013 im Bundestag. Die Parlamentarier befassten sich darin mit der politischen Weichenstellung in den Bundesländern, in denen Rot-Grün die Macht übernommen hat. Ob Finanzen, Bildung oder Infrastruktur: Wo SPD und Grüne die Macht übernehmen,

droht aus Sicht von Schwarz-Gelb ein gefährlicher Kurswechsel. „Sie stellen die Weichen gegen Wachstum und Chancen in der Zukunft“, verdeutlichte FDP-Finanzexperte **Volker Wissing** im Bundestag. Die Opposition wolle die Politik hin zu einer konsequenten Erhöhung der Steuern umlenken, kritisierte Wissing. „Sie können nur Pleite in den Ländern und kriegen die Infrastruktur nicht in den Griff“, rief er in seiner Rede in Richtung der Oppositionsbank. Wissing verwies auf den jüngsten Nachtragshaushalt in Rheinland-Pfalz und das Desaster beim Nürburgring, dass die SPD-geführte Regierung in seinem Heimatland zu verantworten hat. In der Länderkammer sorgten SPD und Grüne dafür, dass die Einkommenszuwächse nicht bei den Arbeitnehmern ankommen, weil sie den von Schwarz-Gelb beabsichtigten Abbau der Kalten Progression blockieren, fuhr der liberale Finanzexperte fort. Die steuerpolitischen Konzepte der Oppositionsparteien für die Bundestagswahl liefen auf eine zusätzliche Belastung der Bürger von insgesamt 100 Milliarden Euro hinaus, rechnete Wissing vor. „Das ist der Ausstieg aus der sozialen Marktwirtschaft. Das darf in Deutschland nicht mehrheitsfähig werden“, bekräftigte der liberale Finanzpolitiker. Um das zu verhindern, müssten die Wähler Union und FDP stärken.

### Neues Wahlrecht

Deutschland hat rechtzeitig vor der Bundestagswahl im Herbst ein neues Wahlrecht. Der Bundestag verabschiedete am 21.02.2013 mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition sowie von SPD und Grünen die Novelle, durch die Überhangmandate durch Ausgleichmandate kompensiert werden. Ziel des neuen Wahlrechts ist es, die durch ein gutes Erststimmen-Ergebnis entstandenen Überhangmandate einer Partei zu neutralisieren. Vorgesehen ist künftig ein vollständiger Ausgleich von Überhangmandaten – sowohl was die Verteilung der Mandate an die Parteien als auch was den Regionalproporz unter den Bundesländern angeht. Der Bundestag könnte deswegen künftig deutlich mehr als die regulär vorgesehenen 598 Abgeordneten zählen. Die Neufassung des Wahlrechts war notwendig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht 2008 das damalige Wahlrecht gekippt hatte, da unter bestimmten Umständen mehr Zweitstimmen für eine Partei zu weniger Sitzen im Bundestag führen konnte.

### Afghanistan

Der Bundestag hat der Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan für ein weiteres Jahr zugestimmt. FDP-Sicherheitsexpertin **Elke Hoff** erklärte, die Mandatsver-

längerung verschaffe den Menschen vor Ort, die dieser Aufgabe verpflichtet sind, die notwendige politische Rückendeckung. „Wir befinden uns am Anfang vom Ende eines langen und schwierigen, aber erfolgreichen Weges in Afghanistan“, betonte FDP-Außenpolitiker **Bijan Djir-Sarai**. Die Situation erlaube deshalb auch eine weitere Reduzierung der Bundeswehrsoldaten am Hindukusch. Eine Absenkung des Truppenkontingents von knapp 5.000 Mann auf bis zu 4.400 ist vorgesehen. Hoff warb in der Debatte um die Zustimmung des Bundestages zur Mandatsverlängerung. Das Land müsse in die Lage versetzt werden, endlich seine volle Souveränität zu gewinnen, damit die Menschen ihr Leben in Frieden leben können. Bis 2014 sollen die Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan abgezogen und die örtlichen Sicherheitskräfte befähigt werden, den Frieden im Land zu gewährleisten.

### Neues Sorgerecht

Der Bundestag hat am 31.01.2013 ein neues Sorgerecht für nicht miteinander verheiratete Eltern beschlossen. FDP-Familienexperte **Stephan Thomae** erklärte, dass die Situation durch die Reform insbesondere in drei Punkten verbessert werde. Diese sind das neue Leitbild der gemeinsamen Sorge, der einfachere Zugang zu gemeinsamer Sorge und die Möglichkeit, das Sorgerechtsverfahren zu beschleunigen. Die Reform passe das Recht an veränderte gesellschaftliche Strukturen an. „Es wird ein neues Leitbild verankert“, betonte Thomae. Für das Kind sei es demnach grundsätzlich am besten, wenn es von beiden sorgeberechtigten Eltern erzogen werde. Darüber hinaus werde der Zugang zur gemeinsamen Sorge erleichtert. Sie wird künftig bereits erteilt, wenn sie nicht im Widerspruch zum Kindeswohl steht.

### Stärkung des Ehrenamts

Der Bundestag hat das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes verabschiedet. Neben steuerrechtlichen Erleichterungen sollen Vereine künftig leichter Geld ansparen können, Haftungsrisiken werden klar definiert und Bürokratie abgebaut. Jeder vierte Deutsche engagiert sich ehrenamtlich in über 600.000 Vereinen und Stiftungen. „Damit das Ehrenamt auch in Zukunft eine starke Säule unserer Gesellschaft bleibt“, werde die Tätigkeit von engagierten Menschen konkret erleichtert, erklärte die kommunalpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, **Birgit Reinemund**. Ein wichtiger Punkt in dem Gesetzentwurf ist die Anhebung der Pauschalen im Steuerrecht: Übungsleiter wie etwa Sporttrainer und Betreuer können künftig bis zu 2.400 Euro jährlich steuer- und sozialversicherungsfrei erhalten.

Wahlecht

## Mit der Zweitstimme: jahrzehntelange Verlässlichkeit, stabilisierende Veränderungsbereitschaft, inhaltliche Treue

Bei der Niedersachsenwahl im Januar 2013 hat die FDP überraschend gut abgeschnitten. Sowohl die Meinungsforscher wie die Medien hatten sich erheblich geirrt. Wie schon bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW im letzten Jahr wurde vor der Wahl das Totenglocklein geklingelt - im Nachhinein rieben sich manche die Augen.

Der Erfolg könne nur an den so genannten „Leihstimmen“ gelegen haben. Mit diesem Begriff versuchten nunmehr die politischen Wettbewerber den Erfolg der FDP zu marginalisieren und z.T. ihre eigenen Fehlprognosen zu interpretieren. Doch diese Kurzkampagne hält einer genaueren Betrachtung nicht stand:

- 1) die FDP gewann in Niedersachsen „nur“ 1,7 % hinzu, während die CDU ca. 6% verlor - wo gingen denn die anderen Stimmen hin, wenn das Ergebnis am Ende nur eine Einstimmenmehrheit im nunmehr rot-grün regierten Land ergab.
- 2) Wahlrechtsforscher fanden am Ende sogar heraus, dass, wären es tatsächlich „Leihstimmen“ in größerem Umfang gewesen, hätte dies aufgrund der Ausgleichsmandatsregelung dazu geführt, dass die schwarz-gelbe Regierung hätte weiterregieren können.
- 3) Es war und ist bedauerlich, dass zudem mindestens drei wichtige Wahlkreise (u.a. von Unionsministern) nicht direkt gewonnen wurden - und auch darüber die Wahl für die Regierungskoalition verloren ging.

Doch das sind nur arithmetische Begründungen. Tatsache ist, dass die Schwarzgelbe Koalition in Niedersachsen gut zusammengearbeitet hatte und beide Partner nicht gegeneinander, auch nicht füreinander, aber eben auch nicht gegeneinander - Wahlkampf machten. Das Wahlrecht läßt, wie bei den meisten Wahlen, so auch bei der Bundestagswahl, das Stimmensplitting zwischen der **Erststimme** (Wahl des Direktkandidaten im Wahlkreis) und der **Zweitstimme** (Wahl der Partei) ausdrücklich zu. Dies schafft den Wählern eine deutlich größere Entscheidungsfreiheit - und das ist mit der Möglichkeit des Stimmensplittings auch gewollt!

Man will also entweder eine Koalition wählen, oder eine Partei einerseits, andererseits aber gezielt einen Kandidaten unterstützen. Oder: man wählt bewußt mit der Erststimme die größere Partei, mit der Sicherheit, dass diese auch den größten Anteil der Wähler

stellen wird, um dann mit der Zweitstimme ggf. das als notwendig empfundene Korrektiv zu unterstützen.

Gerade die Offenheit unseres Wahlrechts, neben den Vertretern einer Volkspartei auch ein inhaltliches Zeichen mit der Wahl eines Korrektivs zu setzen, ist gewollt und die zusätzliche Chance der strategischen Wähler. Hier hat die FDP (ggf. vergleichbar mit anderen Parteien), ihre Chance, mit inhaltlichen Aussagen die Korrektiv- und Lösungsfunktion auszufüllen:

Nur einzelne Beispiele:

- A) Viele wissen oder ahnen es: große Volksparteien oder linke Parteien neigen aufgrund der Strukturen eher dazu, den Haushalt auszuweiten, Wähler mit staatlichen, väterlichen Gaben wohl zu stimmen. Für eine liberale Programmpartei, die auf den einzelnen und seine Kraft setzt, ist die Kritik an den Aufgaben des Staates, der Reduzierung der Bevormundung der Bevölkerung, der Sicherung der Geldwertstabilität und des Schutzes vor Inflation sowie die Generationengerechtigkeit entscheidend. Eine kleinere Programmpartei muss nicht immer aufgrund aktueller Schlagzeilen neue (teure) Programme auflegen, sondern kann die Stabilität im Blick behalten. So wird zum Beispiel ab 2014 ein Umsteuern bei teuren, aber lieb-gewonnen Familienleistungen, die den Geburtenrückgang aber nicht stoppen konnten, hin zu besserer individueller Förderung der Familien nötig.

- B) Eine liberale Programmpartei muss nicht reflexhaft auf immer neue, manchmal auch medial wirksame Angstgefühle reagieren. Natürlich ist das Vertrauen in einen Rechtsstaat auch in der Anwendung seiner Möglichkeiten aus dem rechtsstaatlichen Gewaltmonopol zu messen. Aber weitere Überwachungssysteme, Kontrollen, staatliche Eingriffe, die dann meist sehr lange bleiben, dürfen sich eben nicht nur an vermeintlichen Schnellbedürfnissen, medialen Ängsten oder technischen Machbarkeiten ausrichten. Sie sollten sich vielmehr auch längerfristigen Zielen der Geeignetheit, der Erforderlichkeit und der verfassungsrechtlichen Angemessenheit stellen. Zu schnell können hier wichtige demokratische Grundregeln und die Bedürfnisse eines freien, eigenständigen Menschen ins Wanken geraten - z.B. beim Datensammeln und -abgleichen, dem „gläsernen Bürger“ gegenüber Staat und Groß-



unternehmen, bei weitergehenden Eingriffen in die Privatsphäre der Menschen oder der kontrolllosen Übergabe von Befugnissen an staatliche Gebilde oder Institutionen. **Sicherheit und Freiheit brauchen eine richtige Balance**, weshalb auch hier eine bedächtige, lösungsorientierte Stimme, manchmal aber auch der laut klärende Ruf, nämlich der der Liberalen, nötig ist.

- C) Oder man erinnert sich, wie schnell CSU, CDU und vor allem SPD und Grüne nach **Subventionen** an Opel oder Schlecker riefen - emotional hochgefahren mit dem Begriff der „Schleckerfrauen“. Hier ging es um Steuergelder, die für fast alle leisen, schaffigen, kleinen Betriebe nie in Frage kämen. Gelder, die, wie wir jetzt wissen, versendet wären, Berater erhalten hätten oder die Dauer der Zukunftssorgen der Arbeitnehmer nur verlängert hätte. Das **ordnungspolitische Korrektiv** war nötig!

Es ist und bleibt richtig, dass es bei Bundestagswahlen die Möglichkeit der inhaltlichen, strategischen Wahlen gibt. Die Diskussion um sogenannte „Leihstimmen“ ist eine Verhöhnung des Wählerwillens, der Klugheit der Wähler und unserer richtigen, starken Wahloptionen.

Nie wären besondere Themen (z.B. die Festlegung auf die soziale Marktwirtschaft, die Sicherung der Ostverträge in die CDU/FDP-Regierung 1982 hinein, die Umweltthemen, die Reduzierung der Staatsschulden und die Stärkung der Stabilität Europas gegen Eurobonds und EU-Schuldentopf) sonst so in den Fokus gekommen. Volksparteien sind ein Mischmasch, gerade die liberale Programmpartei bietet das inhaltliche Pendant. Damit, mit der Möglichkeit der Zweitstimme, mit der Möglichkeit der strategischen Wahl, ist Deutschland sehr, sehr gut gefahren: ausgleichend, stabil, verlässlich und gemeinsam dem Gemeinwohl, unserer Verfassung treu.

Aus dem Wahlkreis

# Koalition unterstützte Gärtnereibetriebe

**Hartfrid Wolff sprach am 5. Februar 2013 ein Grußwort bei der Kreisgruppe Rems-Murr des Württembergischen Gärtnereiverbandes e.V.:**

Gartenbaubetriebe haben eine hohe Bedeutung für unsere Gesellschaft. Gartenbaubetriebe haben nicht nur eine hohe Bedeutung bei der Versorgung der Bevölkerung mit einheimischen Obst, Gemüse und Zierpflanzen, sie sind auch die Bezugsquelle für viele Kleingärtner für Pflanz- und Saatgut.

Ein Gartenbaubetrieb kann heute meist nicht mehr unverändert so produzieren, wie das vielleicht in den vergangenen Jahre und Jahrzehnten üblich war. Denn der gesellschaftliche Wandel hat zu veränderten Ansprüchen geführt.

Etwa das gesteigerte **Bewußtsein für Regionalität** greifen Sie erfolgreich auf und nutzen es. Alte, heimische Arten und Sorten kommen wieder zu Ehren anstelle von Exoten oder Massenprodukten. Auch hier liegt ein hohes Potential für Gartenbaubetriebe.

Neue Chancen bietet auch die wachsende Begeisterung in neuen, gerade auch städtischen Bevölkerungsschichten.

Sie leisten ihren Beitrag für die ökologische Entwicklung unserer Region und treffen dabei auf eine entsprechende Nachfrage.

Gartenbaubetriebe haben Bedeutung für einheimische Insekten, Blühpflanzen sorgen für Bienennahrung.

Schließlich ist es eine bedeutsame Aufgabe für Gartenbaubetriebe am **Konzept der Grünen Stadt** mitzuwirken – damit ist natürlich keine parteipolitische Entwicklung gemeint, sondern etwa die Begrünung von Brachflächen, Verkehrsinseln etc.

Wichtig ist aber auch, dass die entsprechenden Flächen bestehen bleiben. Insofern ist z.B. die Verkehrsplanung bedeutsam auch für Sie. Deshalb hat sich die **FDP im Rems-Murr-Kreis** dafür eingesetzt, dass das Schmidener Feld nicht durch eine Autobahn zerschnitten wird, sondern ein rationaler, auf bestehende Straßen setzende Weg gesucht wurde. Ich bedaure aber ausdrücklich, dass nunmehr alle Planungen hier eingestellt wurden.

Deshalb können die Gartenbaubetriebe zu Recht von der Politik erwarten, mit ihren Anliegen ernst genommen zu werden. Gerade die FDP fühlt sich, wie Sie wissen, den kleinen und mittelständischen Unternehmen der Gartenbaubranche sehr verbunden.

Das Steuerrecht darf moderne Gartenbaubetriebe nicht behindern. Schließlich stehen die Gartenbaubetriebe im harten Wettbewerb z.B. mit Baumärkten.

Ich halte es für richtig und wichtig, daß Gartenbaubetriebe als landwirtschaftliche Betriebe den Wünschen ihrer Kunden ent-



**Hartfrid Wolff, MdB sprach am 5. Februar 2013 bei der Kreisgruppe Rems-Murr des Württembergischen Gärtnerverbandes e.V. in Fellbach ein Grußwort.** Foto: Kiessling

sprechend auch Zukaufware anbieten und deshalb eben nicht als Gewerbebetriebe gelten dürfen.

Die **Hofladenerurteile** des Bundesfinanzhofes haben da für einige Unruhe gesorgt. Mit den neuen Einkommensteuer-Richtlinien die Berliner Koalition herrscht nun Klarheit und damit Planungssicherheit. Der Strukturwandel wird nicht behindert. Das BMF hat die nun geltenden Abgrenzungskriterien mit den betroffenen Branchen abgestimmt und Zustimmung erhalten.

Die Richtlinie legt fest, dass für Zukaufware eine Grenze von 51.500 Euro gilt, die an drei aufeinanderfolgenden Jahren überschritten werden muss. Und selbst bei Überschreiten führt nur die Veräußerung der zugekauften Waren zu gewerblichen Einkünften. Die **selbst produzierte Ware bleibt bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft**. Ich hätte mir auch vorstellen können, dass man keine feste, sondern eine flexible Grenze einführt. Aber der Finanzminister hat auch Argumente, wenn er sagt, dass die jetzige Grenze ja schon eine Ausnahme für die Land- und Forstwirtschaft zur Bewältigung des Strukturwandels ist. Deshalb kann ich Ihnen nichts weiter versprechen.

Alle Welt redet von Globalisierung, und in Europa sind wir stolz auf die erreichte Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen und Personen. Gerade dann muß es aber auch gleiche Rahmenbedingungen für die deutschen Gärtnereibetriebe geben, auch bei Steuern, Pflanzenschutzrecht und der leidigen Baubürokratie.

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei der **Agrardieselbesteuerung** leider recht hoch. Die christlich-liberale Koalition hat getan, was in Zeiten knapper Kassen möglich war. Damit wird die Landwirtschaft dauerhaft um 260 Mio. Euro pro Jahr entlastet. Wir stehen zur Rückvergütung beim Agrardiesel, weil wir wissen, daß Landwirtschaft und Gartenbau günstige Dieselpreise brauchen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die SPD und Grünen, das darf ich an dieser Stelle sagen, fordern dagegen den Abbau der steuerlichen Vergünstigung für Agrardiesel. Damit schadet sie den deutschen Unternehmen auch in Landwirtschaft und Gartenbau. Auch in der Investitionsförderung muß darauf geachtet werden, daß nicht nur große, öffentlichkeitswirksam agierende Konzerne **Unterstützung** erhalten, sondern der Schwerpunkt gerade auf kleinere und mittlere Betriebe, wie sie hier im Kreis vertreten sind, gelegt wird. Das gilt ja nicht nur für die Investitionsförderung, sondern auch bei der Hilfe für in Not geratene Betriebe. Sie alle haben mitbekommen, wie sehr die FDP gescholten wurde dafür, daß sie Großunternehmen wie Opel oder Schlecker nicht mit Steuergeld aus der Patasche helfen wollte.

Diejenigen, die da geschimpft haben, hätten niemals für ein mittelständisches Unternehmen eine Hand gerührt! Es darf aber nicht sein, daß nur die Großen, die bundesweite Pressekampagnen fahren können, Zugang zu Hilfen des Steuerzahler erhalten. Wir meinen: Hier müssen die kleinen und mittleren Unternehmen Vorrang haben! Das hat nicht nur mit nationaler Förderpolitik, sondern auch EU-Recht zu tun.

## Aus dem Bundesrat

### Unternehmensbesteuerung

Die Länder haben den Weg für eine vereinfachte Besteuerung von Unternehmen freigegeben. Nach dem Bundestag stimmte am 01.02.2013 auch der Bundesrat dem im Vermittlungsausschuss erzielten Kompromiss zu. Damit wird der Höchstbetrag beim Rücktrag von Verlusten von derzeit 511.500 Euro auf eine Million Euro beziehungsweise von 1,023 Millionen auf 2 Millionen Euro bei zusammen veranlagten Ehegatten angehoben. Auch wird die sogenannte doppelte Verlustnutzung im Körperschaftsteuergesetz neu geregelt: Verluste einer Muttergesellschaft, die Tochterunternehmen hat, bleiben bei der inländischen Besteuerung unberücksichtigt, soweit sie bereits in einem ausländischen Steuerverfahren geltend gemacht wurden.

### Steuerabkommen Schweiz

Das Steuerabkommen mit der Schweiz ist endgültig gescheitert. Der Bundesrat lehnte das Abkommen erneut ab. Dies hatte die Länderkammer bereits Ende vergangenen Jahres getan, danach kam es dann in den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat. Dort blockierte Rot-Grün eine Einigung, so dass das Abkommen am Freitag unverändert erneut zur Abstimmung stand - und erwartungsgemäß ein weiteres Mal abgelehnt wurde. Die von der Regierung ausgehandelte Vereinbarung mit der Schweiz sah vor, dass illegal in die Schweiz transferierte Vermögen pauschal mit einem Satz von 21 bis 41 Prozent nachversteuert werden müssten. Der hessische Staatsminister Boddenberg bezeichnete die Blockade von Rot-Grün als „historische Unterlassung“. Allein für Hessen bedeute dies entgangene jährliche Steuereinnahmen von 180 Mio. Euro. Jährlich verjährten zudem nun bundesweit zwischen 350 und 400 Mio. Euro.

### Neues Mietrecht

Wegen Maßnahmen der energetischen Sanierung am Wohnhaus können Mieter künftig während der ersten drei Monate keine Mietminderung mehr verlangen. Der Bundesrat billigte die vom Bundestag Ende vergangenen Jahres beschlossene Reform des Mietrechts, die für Vermieter die Anreize zu einer energetischen Sanierung stärken soll. Für die Anrufung des Vermittlungsausschusses fand sich keine Mehrheit. Die Reform begrenzt zudem in gewissen Fällen die ständig steigenden Mieten in Großstädten. Bislang können Vermieter alle drei Jahre die Miete um 20 Prozent erhöhen. Diese Obergrenze kann, wenn es das Bundesland so festlegt, nun in einigen Fällen bei maximal 15 Prozent liegen. Außerdem ermöglicht die Neurege-



Das Bundesratsgebäude in Berlin.

Foto Kiessling

lung des Mietrechts den Vermietern eine beschleunigte Zwangsäumung, wenn sie Opfer von Mietnomaden geworden sind. Der Parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium, **Max Stadler (FDP)**, verteidigte das Gesetz gegen Kritik von Rot-Grün. Es sei ein wichtiger Beitrag zur Energiewende, stärke die Rechte der Vermieter gegen Mietnomaden und die Rechte der Mieter, indem der Kündigungsschutz bei Umwandlung in Eigentumswohnungen gestärkt werde. Das Gesetz sei daher „ausgewogen zwischen den Interessen der Allgemeinheit, der Mieter und der Vermieter“. FDP-Rechtsexperte Stephan Thomae begrüßte den Beschluss des Bundesrates und wies die weitergehenden Forderungen von Rot-Grün zur Mietpreisbegrenzung zurück. Diese seien „kontraproduktiv“. So würden Anreize genommen, in dringend benötigten neuen Wohnraum zu investieren.

### Stärkung der Patientenrechte

Die Patienten in Deutschland erhalten mehr Rechte gegenüber ihren Ärzten und Krankenkassen. Der Bundesrat gab dazu dem Patientenrechtegesetz der Koalition grünes Licht. Opfer von Ärztefehlern sollen es danach künftig leichter haben, vor Gericht zu ihrem Recht zu kommen. Bei groben Fehlern muss der Mediziner beweisen, dass ein nachgewiesener Fehler den Schaden nicht herbeiführte. „Wir wollen, dass Patient und Arzt sich auf Augenhöhe gegenüberstellen“, erklärte **Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP)** bei seiner Rede im Bundesrat. Bahr verteidigte, dass die Beweislastumkehr auf

grobe Fehler beschränkt werde. Andernfalls werde sich eine defensive Vermeidungsmedizin entwickeln – Ärzte müssten aber weiter auch Risiken für Schwerkranken eingehen können. Wichtig sei eine Fehlervermeidungskultur.

### Präimplantationsdiagnostik

In der Bundesrepublik können Paare künftig in Ausnahmefällen Gentests machen lassen, um zu verhindern, dass die Frau ein schwer krankes oder nicht lebensfähiges Kind zur Welt bringt. Der Bundesrat billigte die Verordnung zur Präimplantationsdiagnostik (PID) von Bundesgesundheitsminister **Daniel Bahr (FDP)**. Die Länder bestanden aber darauf, die Zahl der Zentren, die eine PID ermöglichen, zu begrenzen. Bahr wiederum setzte sich damit durch, die Ethikkommissionen der Länder, die über die Genehmigung der Diagnostik im Einzelfall entscheiden, bundesweit einheitlich zu besetzen.

### Lärmschutz an Bahnstrecken

Der Bundesrat hat die geplanten Neuregelungen zum Lärmschutz für Anwohner von Bahntrassen zunächst gestoppt. Die Länderkammer beschloss am 01.02.2013, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Nötig seien nach Vorstellung der Länder strengere Vorgaben und ein fixes Datum für die neue Rechtsgrundlage, nämlich der 1. Januar 2015. Nach dem vom Bundestag beschlossenen Gesetz soll ein bisheriger Lärmbonus für die Schiene voraussichtlich ab 2016 nicht mehr für neue Projekte gelten, bei denen das Genehmigungsverfahren dann beginnt.

## Aus Europa

### Umweltausschuss des EP für Eingriff in Emissionshandel

Im EP hat sich der federführende Umweltausschuss am Dienstag, den 19.02.2013 für den Vorschlag der KOM ausgesprochen, durch einen gezielten Eingriff den Preisverfall von Emissionshandelszertifikaten zu stoppen. Mit 38 gegen 25 Stimmen billigte der Ausschuss einen entsprechenden Berichtsentwurf. Bei der sogenannten Backloading-Reform sollen 900 Millionen CO<sub>2</sub>-Zertifikate zeitlich befristet zurückgehalten werden, die eigentlich in den Jahren 2013 bis 2015 auf den Markt hätten kommen sollen. Erst am Ende der aktuellen Handelsperiode, in den Jahren 2019 und 2020, würden diese nun zum Handel freigegeben. Ziel dieser Verknappung ist es, den aktuell sehr niedrigen Preis für Verschmutzungsrechte zu erhöhen und Investitionen in klimaschonende Technologien attraktiver zu machen. Der umweltpolitische Sprecher der FDP im EP, **Holger Krahmer**, kritisiert die Entscheidung des Umweltausschusses und bezweifelt, dass dieser Eingriff das Emissionshandelsystem retten wird. „Der Emissionshandel ist ein künstlich geschaffener Markt und wegen der vielen Funktionen, die das System gleichzeitig erfüllen soll, so bürokratisch überladen, dass er nicht funktioniert. [...] Der Versuch das System durch punktuelle Eingriffe zu retten ist aussichtslos.“ Trotz des positiven Votums des Umweltausschusses ist das weitere Verfahren noch unklar. Angestrebt wird eine Mandatserteilung für Verhandlungen mit dem Rat in der kommenden Woche. Da der mitberatende EP-Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie sich in seiner Stellungnahme jedoch mit großer Mehrheit gegen das Vorhaben ausgesprochen hat, ist nicht ausgeschlossen, dass im April zuerst das Plenum als Ganzes darüber abstimmen wird, bevor Verhandlungen mit dem Rat aufgenommen werden.

### EP droht mit Ablehnung des MFR 2014-2020

Der zwischen den Staats- und Regierungschefs mühsam ausgehandelte Kompromiss über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 (MFR) ist erneut auf heftige Kritik im EP gestoßen. Nach einer Sondersitzung mit dem Präsidenten des Europäischen Rates (ER), Herman Van Rompuy, bezeichneten am Montag (18.02.) die Sprecher aller großen Fraktionen den Gipfelkompromiss von Anfang Februar als unannehmbar. Neben der Kürzung des finanziellen Gesamtvolumens, werden insbesondere die Struktur sowie die Differenz von rund 50 Milliarden zwischen Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen kritisiert. Ob das Entgegenkommen des ER hinsichtlich ei-

ner größeren Flexibilität des EU-Haushalts sowie die Einführung einer Überprüfungs-klausel dem EP ausreichen werden, ist gegenwärtig mehr als unsicher. Falls das EP bei seiner Haltung bleibt und den ausgehandelten MFR-Kompromiss ablehnen sollte, werden bis zur Annahme eines neuen MFR die Bestimmungen aus dem Haushaltsjahr 2013 fortgeschrieben.

### Einigung bei den „Two-Pack“-Verhandlungen

Am Mittwoch, den 20.02.2013 gab es eine vorläufige Einigung zwischen Rat und EP zum sogenannten „Two-Pack“ [2011/386(COD) / 2011/385(COD)]. Das EP hatte seine Zustimmung zu den beiden Verordnungen zur schärferen Haushaltskontrolle in der Euro-Zone zuletzt vor allem davon abhängig gemacht, dass die Vergemeinschaftung von Staatsschulden weiter auf der europäischen Agenda bleibt. Dem Kompromiss zufolge wird die KOM nun eine Expertengruppe einrichten, um Chancen und Risiken eines europäischen Schuldentilgungsfonds und kurzfristiger Euro-Anleihen (Eurobills) zu prüfen. Bis März 2014 sollen die Experten ihre Ergebnisse vorlegen. Fällt die Prüfung durch die KOM dann positiv aus, würde sie noch vor dem Ende ihrer Amtszeit im Juni 2014 aktiv werden und entsprechende Vorschläge unterbreiten. Die FDP-Bundestagsfraktion lehnt eine wie auch immer geartete Schuldenvergemeinschaft kategorisch ab. „Euro-Bonds und ähnliche Konstrukte gemeinschaftlicher Haftung sind mit unserer Verfassung nicht vereinbar, da durch sie die nationale Finanzhoheit ausgehebelt würde. Sie stehen ganz klar im Widerspruch zum Subsidiaritätsgrundsatz und dem Demokratieprinzip, so jüngst der europapolitische Sprecher, **Joachim Spatz**. Der nun gefundenen informellen Übereinkunft müssen EP und Rat noch offiziell zustimmen.

### Berichtsentwurf zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht vorgestellt

Am Mittwoch, den 20.02.2013 stand die Vorstellung des Berichtsentwurfs zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht im Rechtsausschuss des EP auf der Tagesordnung. Bei der Aussprache wurde nochmals bekräftigt, dass das Europäische Kaufrecht das Herzstück für den Handel im europäischen Binnenmarkt sei. Der europäische Bürger müsse auf ein einfaches, unkompliziertes Kaufrecht zurückgreifen können. Bei der weiteren Behandlung des Dossiers gelte es nun etwa darauf zu achten, dass die Ausarbeitung des Kaufrechts jeweils auf seinen bestimmten Anwendungsbereich (Fern- und Onlinehandel) zugeschnitten sein sollte. Vor allem Unternehmen soll das Gemeinsame Europäische Kaufrecht den Zugang zu neu-

en Märkten ermöglichen und Verbrauchern mehr Auswahl und größeren Schutz bieten. Durch eine einheitliche Regelung für grenzübergreifende Verträge, die alle 27 EU-Mitgliedstaaten mit einbezieht, soll der Handel bedeutend erleichtert werden. Für **Alexandra Thein (FDP)**, Schattenberichterstatterin der ALDE-Fraktion im EP, würde der Verbraucher durch das Gemeinsame Europäische Kaufrecht von einem größeren Markt und mehr Wettbewerb profitieren. Jedoch müsse sichergestellt sein, dass dabei ein angemessenes Verbraucherschutzniveau gewährleistet bleibt. Ein Termin zur endgültigen Abstimmung des Entwurfs im Plenum steht noch nicht fest. Es wird jedoch angestrebt, noch vor der Sommerpause eine Abstimmung im EP herbeizuführen. Am 23.04.2013 endet die Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen. Die KOM hatte, nach einer langen Vorbereitungsphase, im Oktober 2011 den entsprechenden Entwurf einer Verordnung für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht veröffentlicht.

### Viertes EU-Eisenbahnpaket auf den Weg gebracht

Am Mittwoch, den 30.01.2013 hat die Kommission (KOM) ihre Vorschläge für ein viertes Eisenbahnpaket unterbreitet. Sie begründet ihr Aktivwerden damit, dass die Eisenbahn zwar ein wichtiger und notwendiger Bestandteil des Verkehrs in der EU sei, jedoch viele europäische Eisenbahnmärkte zurzeit stagnierten oder sogar schrumpften. Das nun vorgestellte Maßnahmenpaket soll diesen Trend umkehren. So strebt die KOM etwa an, sowohl die Zeit bis zum Markteintritt für neue Eisenbahnunternehmen, als auch Kosten und Dauer des Genehmigungsverfahrens für Schienenfahrzeuge deutlich zu verringern. Eine zentrale Rolle fällt hierbei der Europäischen Eisenbahnagentur zu. Sie wird demnach zur einzigen Anlaufstelle, die EU-weit gültige Genehmigungen für das Inverkehrbringen von Zügen und Sicherheitsbescheinigungen für Eisenbahnunternehmen ausstellt. Zur Förderung von Innovation, Effizienz, Wirtschaftlichkeit und generell mehr Wettbewerb schlägt die KOM außerdem vor, den gesamten inländischen Schienenpersonenverkehr ab Dezember 2019 für neue Marktteilnehmer und Dienste zu öffnen. Ein wichtiger Baustein ist in diesem Zusammenhang die Trennung von Netzinfrastruktur und Fahrbetrieb. Grundsätzlich ist die KOM der Auffassung, dass hier eine institutionelle Trennung die einfachste und transparenteste Lösung sei. Sie räumt allerdings ein, dass auch ein vertikal integriertes Unternehmen oder eine Holdingstruktur die erforderliche Unabhängigkeit bieten könne. Dies betreffe z.B. die Deutsche Bahn.